

20. November 2010

## KOMMENTARE

### Die Bildungspolitik der Grünen verschreckt das Bürgertum

# Angriff auf das Gymnasium

*Von Berthold Seewald*

Das Bürgertum hat zurzeit Konjunktur. Nicht so sehr als Akteur, vielmehr als diffuse Projektionsfläche von Feindbildern und Visionen. So werden die Thesen Sarrazins als Auswüchse bürgerlicher Ängste gedeutet. Oder es gilt als typischer Reflex bürgerlicher Eliten, dass die Umtriebe des Auswärtigen Amtes im Dritten Reich so lange vertuscht wurden. Gerade weil Bürgerlichkeit zu einer kaum fassbaren Schimäre mutiert ist, nehmen Gruppen für sich in Anspruch, in ihrem Namen zu sprechen, obwohl sie gänzlich andere Interessen verfolgen.

Diese Ambivalenz zwischen selbstverständlicher Teilhabe und distanzierter Beobachtung scheint auch dem grünen Projekt eigen zu sein. In Berlin will die Partei erstmals als Seniorpartner die Geschicke eines Bundeslandes in die Hand nehmen. Ihre potenziellen Wähler leben überwiegend in bürgerlichen Stadtteilen, zugleich sind die gesellschaftspolitischen Leitgedanken, die diese Basis erreichen, von Unverständnis und Ferne geprägt. Zum Beispiel in der Bildungspolitik. Das grüne Versprechen, mit Ganztags- und Sekundarschulen (einer Art Gesamtschule mit 13. Schuljahr) die Probleme zu lösen, schlägt sich nur so lange in Zustimmung nieder, wie es Alternativen gibt. Immerhin ist die grüne Spitzenkandidatin Renate Künast Realistin genug, dass bei der trostlosen Berliner Haushaltslage beides kaum zu machen ist. Und so beruhigt sie: **In ihrer ersten Legislaturperiode werde das Gymnasium nicht angetastet. Nicht nur die Oberstudiendirektoren haben die Zweischneidigkeit dieser Formulierung erkannt.**

Künast selbst hat mehrere Studien absolviert und anschließend für sich erkannt, dass dieser Königsweg ins sogenannte Bildungsbürgertum schwierig, ungerecht, unsozial oder alles zusammen ist. Aber ihre Schlussfolgerung, das Gymnasium - und allein darum geht es - als Reproduktionsstätte des Bürgertums infrage zu stellen, weckt bei bürgerlichen Wählern existenzielle Ängste. Weil ihr eigener Status und der ihrer Kinder von diesem Weg geprägt war und ist.

**Das erklärt, warum Künast und ihre Partei nicht gerade bestrebt sind, mit konkreten Vorstellungen aus ihrer schemenhaften Rolle als bürgerliche Alternative herauszutreten. Es würde schnell deutlicher werden, dass sie genau das nicht sind. Nicht umsonst ist das schwarz-grüne Experiment in Hamburg fast an der Schulpolitik gescheitert.**